

KLIMASCHUTZ

Kampf gegen Windmühlen



Foto: xchng

Waldsterben ist "out", Klimaschutz dafür so "in" wie noch nie. Doch Luxemburg versucht weiter bloß, sich aus der Affäre zu ziehen.

Das Klima ist vielleicht doch noch zu retten. Laut "Luxemburger Wort" stehen wir allerdings "erst am Anfang". Denn in den siebziger und achtziger Jahren wurden "die Umweltbewegungen von der offiziellen Politik als unreifes Protestiervölkchen nicht weiter ernst genommen", analysierte Léon Zeches vergangenen Samstag im Leitartikel die Lage, ohne dabei die Meinung seiner Zeitung in dieser Epoche zu reflektieren. "Es hätte nie so weit kommen dürfen", so die heutige Erkenntnis des Wort-Direktors, es sei jetzt notwendig, "die Verdienste als treibende Kraft der damals jungen ökologischen Bewegung zu unterstreichen. Wir haben ihr viel zu verdanken."

Die plötzliche Popularität, die das Thema in Zeitungsspalten und Parteimitteilungen genießt, mag einem schon fast unheimlich erscheinen. 79 Prozent der LuxemburgerInnen halten laut Il-res-Umfrage den Klima-Schutz der Umwelt für eine wichtige Angelegenheit. Diese Chance müsse die Politik nutzen, so Lucien Lux am Montag auf einer Pressekonferenz. Allerdings: Klimaschutz sei nicht zum Nulltarif zu haben, der Weg dorthin sei mit Schweiß und Tränen gepflastert, lautete die nationale Botschaft des Luxemburger Umweltministers nach dem EU-Gipfel von vergangener Woche. Noch vor drei Jahren sei Kyoto für ihn ein Buch mit sieben Siegeln gewesen. (Das war 2004, eine ganze Weile nach den Siebzigern also). Nun aber will Lucien Lux nach vorne gucken, man brauche eine "entschlossene Hand, diesen Weg mit höherer Geschwindigkeit"

zu gehen. Das Diskussionsniveau, das der Umweltminister vorgibt, deutet jedoch nicht auf einen großen Motivationsschub hin.

Es gelte, so Lux, den 1. Nationalen Aktionsplan von April 2006 weiter umzusetzen. Bislang steckt dieser Prozess allerdings immer noch in den Startlöchern. Eine Analyse zeige, kritisiert der Mouvement Ecologique, dass ein Jahr nach der Verabschiedung des Planes der Zeitplan bei einer Reihe von wichtigen Maßnahmen nicht respektiert wird. Mobilitätsplan, Wärmeschutzverordnung oder neues Reglement für Fördermaßnahmen von erneuerbaren Energien - die entsprechenden Texte seien bis dato von der Regierung nicht ausgearbeitet, so der Meco, der mehr Dynamik bei der Bearbeitung dieser Dossiers fordert.

Mit der Begründung, "Luxemburg liegt nun einmal nicht am Meer", handelte sich die Regierung eine Sonderregelung in Sachen erneuerbare Energien in Brüssel aus. Um 20 Prozent seiner Versorgung durch solche Energiequellen abzudecken, darf das Großherzogtum auch Maßnahmen im Ausland finanzieren und bekommt diese gutgeschrieben. Dies sei kein "Freikaufen", betonte Lux und verwies einmal käme mehr auf die Potenzialstudie über erneuerbare Energien, die Ende des Monats veröffentlicht werden soll.

Potenzialstudie mit Spannung erwartet

Eine Studie, die bereits im November einem interessierten Kreis vorgestellt wurde und die seitdem, obwohl noch nicht veröffentlicht, sowohl vom Umwelt- wie auch vom Wirtschaftsminister gerne zitiert wird, um die Grenzen des Luxemburger Handlungsspielraumes aufzuzeigen. Immerhin wird dort geschätzt, dass das technisch machbare Potenzial aus erneuerbaren Energien 50 Mal so hoch ist wie die derzeitige Energieproduktion von 650 Gigawattstunden. Das realisierbare Potenzial liege jedoch maximal bei acht Prozent, betonten Lux und Krecké bei diversen Gelegenheiten. "Wir akzeptieren diese Zahl nicht", sagt Blanche Weber, Präsidentin des Mouvement Ecologique, "wir wissen nicht, aufgrund welcher Voraussetzungen die Berechnungen durchgeführt wurden." Auch auf Nachfrage habe man bislang keine Details erfahren können. Auch seien etwa geplante Windmühlen gestrichen worden, wegen des angeblich hohen "Konfliktpotenzials". "Dieser Konflikt wird unserer Meinung nach aufgebauscht", so Weber.

"In der Studie fehlen die wirtschaftlichen Grundlagen für das Modell", sagt auch der grüne Abgeordnete Henri Kox. Beispielsweise sei es unklar, welcher Einspeisetarif für Solarstrom berechnet wurde. Ebenso unklar sei, wie der Faktor Energiesparen mit einbezogen wurde. "Der Stromverbrauch ist in Luxemburg sehr hoch", so Kox, "wenn wir den Konsum insgesamt eindämmen können, kann natürlich der Anteil an erneuerbaren Energien deutlich steigen."

Während sich die Regierung diesbezüglich weiterhin bedeckt hält, kündigte Brüssel im Anschluss an den Gipfel eine Maßnahme an, die für Luxemburg folgenschwer sein könnte. Dem Tanktourismus soll nun mittels einer Angleichung der LKW-Diesel-Besteuerung der Kampf angesagt werden. Ein Feld, in dem sich nun der Finanzminister einsetzen wird und seine Gelegenheit bekommt, einen Weg aus der von ihm eingestandenen Faillite in der Klimaschutzpolitik der vergangenen Jahre zu bahnen. Ob allerdings der Klimaschutz im Vordergrund stehen wird, muss sich erst herausstellen. Luxemburg habe bereits gegen die Maßnahme protestiert, war am Mittwoch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu lesen.

Konkreter ist da ein aktueller Vorstoß des Merziger Oberbürgermeisters: Alfons Lauer will für eine direkte Bahnverbindung zwischen Luxemburg und dem Saarland kämpfen und dafür alle Hebel in Bewegung setzen. "Notfalls fahre ich nach Brüssel", kündigte Lauer in der Saarbrücker Zeitung an. Seine Motivation hat indessen mit Klimaschutz nichts zu tun. Vor der eigenen Haustüre spiele sich "eine Wirtschaftsdynamik ab, die europaweit ihresgleichen sucht. Wenn wir von diesem Wirtschaftsraum abgekoppelt bleiben, ist das verheerend", so Lauer. Mit der "neuen Ökodebatte auf EU-Ebene" käme nun wieder neuer Schwung in die Diskussion um das Projekt Euro-Cap-Rail das eine Anbindung der Saar-Lor-Lux-Region nach Saarburg vorsieht, jedoch seit drei Jahren in den Schubladen der Schaltzentralen der Großregion verschwunden ist. Statt Schienen hat die Luxemburger CFL bekanntlich seit einigen Jahren eine Busverbindung nach Saarbrücken eingeführt. Zum Glück für die Fahrgäste, die sich nun den umständlichen Schienenweg über Trier ersparen können. Die CO₂-Bilanz wird allerdings durch diese Art von Fortschritt im öffentlichen Verkehr nicht aufge bessert.

Hoffentlich ist es nicht zu spät, schreibt Léon Zeches im "Wort". Damals seien die schnellen Erfolge der ersten grünen Parteien der eigentliche Anlass gewesen für die traditionellen großen Parteien, sich in Umweltfragen zu bewegen. Ob der Lernprozess jedoch zu einem umweltpolitischen Denken führt, das unter Nachhaltigkeit mehr als nur den Machterhalt in der kommenden Legislaturperiode versteht, bleibt fraglich.

Danièle Weber

Showdown um Pont Adolphe

In Sachen Zukunft der "Nei Bréck" gibt sich die Regierung vordergründig transparent: Am Samstag findet zwischen 8.30 und 13 Uhr im Studio des großen Stadtheaters ein öffentliches Hearing statt, bei dem sowohl über die Restaurierungsmethoden der Bogenbrücke über dem Petrus-Tal als auch über die zukünftige Verkehrsgestaltung in der Stadt diskutiert werden soll. Das Terrain vorbereitet haben Bautenminister Claude Wiseler - im RTL-Background am Sonntag - und der Chef der Straßenbauverwaltung Georges Molitor - per Wort-Interview. Nun darf man gespannt sein, ob endlich auch denkmalpflegerische Alternativvorschläge, wie jene des italienischen Experten Carlo Blasi, detailliert vorgestellt und diskutiert werden und nicht weiter unter Verschluss gehalten werden. Ob ein solcher Ansatz überhaupt Chancen hat, ist zu bezweifeln: Eine Klassierung des Pont Adolphe wurde von der Regierung als unnötig eingestuft, denn es soll eh alles im Konsens entschieden werden. Ohne Klassierung gilt aber auch, was der Ponts-et-Chaussées-Chef im Wort sagt: "Ist kein Konsens möglich, muss das Ministerium entscheiden, zu dessen 'Patrimoine' die Brücke gehört - und das ist das Bautenministerium." Die Denkmalverwaltung hat dann doch das Nachsehen.

Wie der Herr - so sein Hund

"Vom Ansatz her eine falsche Philosophie" so positionieren sich Déi Gréng zum "Muppegesetz" und fordern den Rückzug des Gesetzesprojektes 4985, das das Zusammenleben zwischen Mensch und Tier regeln soll. "Der Hund wird allgemein zum Problemfall erklärt", lautet der Hauptkritikpunkt. Dagegen wollen Déi Gréng eher die HundehalterInnen im Zentrum des Gesetzes sehen. Statt auf Beschneiden der Freiheiten und repressive Maßnahmen für Zuwiderhandelnde zurückzugreifen, sollten eher Ausbildung und Aufklärung der HundebesitzerInnen gefördert werden. So sei die Einteilung der Hunde in "gefährliche und nichtgefährliche Rassen" unwissenschaftlich - wichtig sei dagegen, den Hund richtig zu sozialisieren. Auffällige Hunde sowie ihre Besitzer sollten einer Kontrolle unterzogen werden: Die bei der Anmeldung des Hundes eingezahlte "Taxe d'enregistrement" sollen der Finanzierung einer zentralen Datenbank dienen, die jede medizinische Intervention, die auf einen Hundeangriff zurückzuführen ist, registriert. HundehalterIn und Hund müssen dann während einer Beobachtungsphase bestimmte Maßnahmen erfüllen, über welche die Veterinärinspektion entscheidet. Auch sprechen sich Déi Gréng gegen einen generellen Leinenzwang aus, der ihrer Meinung nach eher Aggressionen fördert: Die Hunde würden so in ihrer Körpersprache gehemmt. Letztlich gehören auch gute Benimmregeln zum Hundehalten, die schon in der Welpenschule erlernt werden sollten.

L'enseignement des langues en remaniement

Richesse indiscutable, le plurilinguisme du Luxembourg devient parfois une barrière dans le parcours éducatif. Pour y remédier, la ministre de l'éducation Mady Delvaux-Stehres a présenté jeudi son Plan d'action pour le réajustement de l'enseignement des langues. Il met en place un socle de compétences qui situe des objectifs différents de connaissances des langues en fonction de la formation visée. Inconvénient: l'élève doit être très tôt persuadé de son orientation professionnelle. En tout cas, la ministre ne "donne que l'impulsion, c'est maintenant aux enseignants de participer".

Rectificatif

"La llengua oficial de l'Estat és el català". L'article 2 du premier chapitre de la constitution d'Andorre est sans ambiguïtés. Dans le dernier numéro du woxx (892), une de nos brèves rapportait que, selon le linguiste Claude Hagège, la petite principauté pyrénéenne aurait adopté, à côté du catalan, le portugais comme langue officielle en raison de sa forte proportion d'immigrés lusophones. Comme nous l'a fait remarquer Fernand Fehlen de l'université du Luxembourg, il n'en est rien. Voilà ce qui arrive lorsqu'un journaliste se laisse éblouir par une thèse charmante mais irréelle.

